

Krisenfall – Und dann?

Abb. 1

Abb. 2

Nach Krisen: Sorge um Machtbalance rückt in den Hintergrund [2]

Präsident als Schutzpatron und Symbol nationaler Einheit
Weißes Haus als zentraler Ort [2]

11. September 2001:

DIE USA VOR 9/11:

- Erstarkter Kongress
- Versuch der Regierung, den Kongress in nachgeordneter Rolle zu drängen (dafür wurde Legitimation benötigt) [2]

Abb. 3: Tribute in light World Trade Center

Abb. 4: World Trade Center

DIE USA NACH 9/11:

Der Patriot Act (26.10.01):

- Erleichtert Behörden Zugriff auf Daten und Abhören
- Ermächtigung Exekutive: *Habeas Corpus-Prinzip* eingeschränkt → Haftprüfung & Anklage für Nicht-US-Bürger konnte bis zu sieben Tage ausbleiben [2,3]

Die Military Order (13.11.01):

- Präsident verschärft *Patriot Act*
- Nicht-US-Bürger können bei Verdacht unbeschränkt inhaftiert werden und ins Ausland gebracht werden
- Späterer Nachtrag: kann auch auf US-Bürger angewandt werden (2004 vom Supreme Court gekippt) [2,3]

Office of Homeland Security (OHS): durch executive order im Oktober 2001 erschaffen

- Aufgabe: Koordinierung der Behörden betreffend Maßnahmen des Heimatschutzes
- Vorsitzender des OHS Tom Ridge erhielt zunächst kein eigenes Budget → war auf Wohlwollen des Präsidenten angewiesen
- Erst im November 2002 eigenes Budget und offizielles Ministerium wurde geschaffen [2,3]

Gefangenengelager Guantánamo:

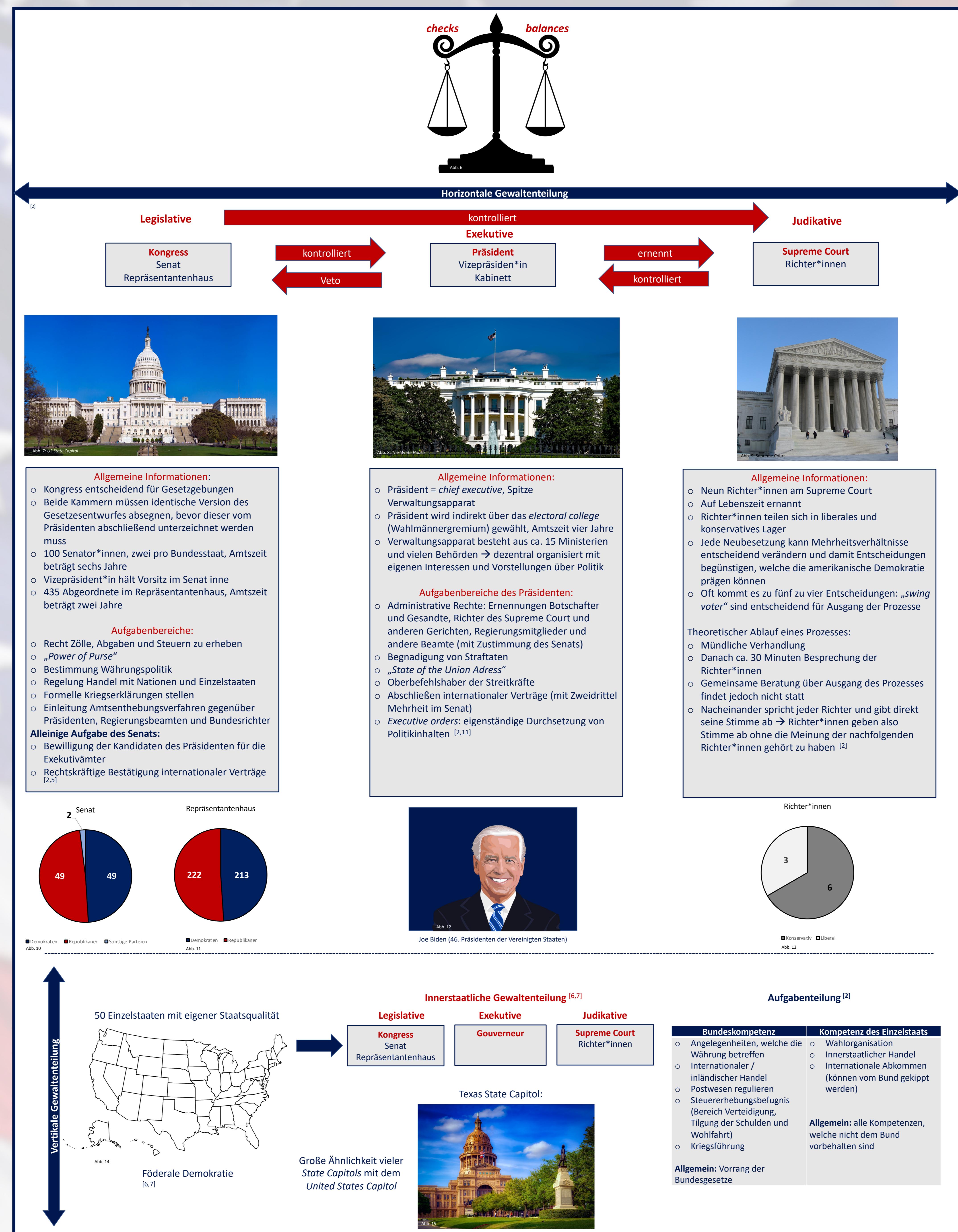
- US Stützpunkt in Guantánamo Bay (Kuba) rechtsfreie Zone → Inhaftierte praktisch vogelfrei
- Foltermethoden *enhanced interrogations* angewandt: z.B. *waterboarding* (simulierte Ertrinken)
- Erst 2008 erhielten Häftlinge Recht auf Haftüberprüfung [2,3]

NSA:

- Executive Order: Belauschung ohne Durchsuchungsbefehl bei Verdacht möglich
- Normalerweise Durchsuchungsbefehl vom FISC (Foreign Intelligence Surveillance Court) ausgestellt → Präsident sah sich bemächtigt Judikative per Dekret zu umgehen [2,3]

Tastenlinien:
[1] Brennen Center for Justice (2022): Roe v. Wade und Supreme Court Abortion Cases. Online unter: <https://www.brennencenter.org/our-work/research-reports/roe-and-supreme-court-abortion-cases> (11.01.23).
[2] Bundesrat (2022): Das politische System der USA. Informationen zur politischen Bildung/zbp, 349, 4/2021.
[3] Fey, Michael (2022): Die politische Ordnung der amerikanischen Sicherheitspolitik: In: Die Welt nach 9/11. Auswirkungen des Terrorismus auf Staaten und Gesellschaft, 2/2011, S. 32-42.
[4] Feuerstein, Christian (2020): Letzte Chance. Online unter: <https://www.zet.de/politik/ausland/2020-11/donald-trump-kontrakt-machtmisbrauch-wahlniederlage-auslandskomplex/1701231>.
[5] Handbuch Politik USA. Wiesbaden: Springer VS, S. 161-176.
[6] Haider, Michael, und Christian J. Sturm (2019): Der Präsident. In: Lammert, Christian/Stewart, Markus B./Vormann, B. (Hrsg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden: Springer VS, S. 257-268.
[7] Heuer, Stephan (2021): Der Föderalismus in den USA. In: Härtel, Ines (Hrsg.): Handföderalismus – Föderalismus als demokratische Rechtsordnung und Rechtskultur in Deutschland, Europa und der Welt, Band 4. Berlin Heidelberg: Springer, S. 609-626.
[8] Kirschner, Barbara (2022): Der Präsident. In: Lammert, Christian/Stewart, Markus B./Vormann, B. (Hrsg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden: Springer VS, S. 177-194.
[9] Sirakov, David (2020): Polarisation. In: Lammert, Christian/Stewart, Markus B./Vormann, B. (Hrsg.): Handbuch Politik USA. Wiesbaden: Springer VS, S. 362-380.
[10] Zell, Online (o.J.): Sturm auf das Kapitol. Online unter: <https://www.zet.de/thema/sturm-auf-kapitol> (17.01.23).

Zwischen ‚checks and balances‘ und ‚checks and imbalances‘ Politischer Aufbau und System der USA



Schwächen und Gefahren des Systems:

Divided government – eine Regierung, die nicht regieren kann? [2,10]

Situation: Eine Partei stellt Präsident und eine andere Partei hat die Mehrheit im Kongress (in einer oder beiden Kammern) → Achtung! Per se nicht schlecht, Teil des Systems von *checks and balances*, kann jedoch Auswirkungen mit sich bringen, die als Schwäche ausgelegt werden können

Problem: wenn eine Partei den Präsidenten stellt und eine andere Partei die Mehrheit in beiden Kammern besitzt:

- Präsident hat kaum Möglichkeit eigene politische Inhalte durchzusetzen

Problem: wenn eine Partei den Präsidenten stellt und Mehrheit in einer der beiden Kammern besitzt:

- Schwierig neue Gesetze zu verabschieden, da beide Kammern den identischen Gesetzesentwurf verabschieden müssen
- Bei unterschiedlichen Parteien Präsident und Senat: Senat hat Möglichkeit die Ernennung des Präsidenten für den Supreme Court etc. abzulehnen oder zu verzögern (Bsp.: Ernennung von Neil Gorsuch als Supreme Court Richter)

Geteilter Supreme Court – spiegeln die Entscheidungen den Willen der Bevölkerung wider? [1,8]

- Supreme Court momentan mit Mehrheit konservativer Richter besetzt → immer tiefer Spaltung des konservativen und liberalen Lagers
- Immer wieder werden kontroverse Entscheidungen getroffen

Beispieldiskussion Roe vs. Wade:

- Mit dem Fall Roe vs. Wade wurde 1973 das Recht auf Abtreibung gesichert
- 2022 wurde Roe vs. Wade im Fall Dobbs vs. Jackson Women's Health Organisation gekippt

Wie ist die Situation jetzt?

- Abtreibungsrechte werden von den Staaten selbst geregelt

Abtreibung illegal / zu Teilen illegal:

- Alabama, Arkansas, Georgia, Idaho, Kentucky, Louisiana, Mississippi, Missouri, Oklahoma, South Dakota, Tennessee, Texas, West Virginia, Wisconsin

Abtreibungsverbot von Gerichten geblockt:

- Arizona, Indiana, North Dakota, Ohio, South Carolina, Utah, Wyoming

Und die Meinung der Bevölkerung?

- Abtreibungsrechte werden von den Staaten selbst geregelt

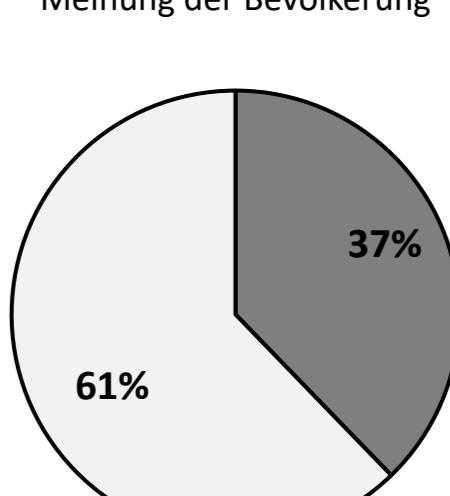
Abtreibungen legal und Recht darauf geschützt:

- Alaska, California, Colorado, Connecticut, Delaware, District of Columbia, Hawaii, Illinois, Kansas, Maine, Maryland, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Nevada, New Hampshire, New Jersey, New Mexico, New York, Oregon, Pennsylvania, Rhode Island, Vermont, Washington

Abtreibungen bis jetzt legal (aber nicht geschützt):

- Florida, Iowa, Montana, Nebraska, North Carolina, Virginia,

Meinung der Bevölkerung



Nicht nur am Supreme Court spalten sich die Lager – Polarisierung der politischen Lager [12]

- zwei Parteien am politischen Geschehen beteiligt, obwohl eigentlich ein Mehrparteiensystem vorliegt
- Polarisierung der beiden Großparteien erschwert die Kompromissfindung, die das *checks and balances* System voraussetzt
- Für viele politische Entscheidungen in der Legislative ist *bipartisanship* (= Zusammenarbeit über die Parteidistanzen hinweg) notwendig um politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen → passiert heute immer seltener
- Folge: politischer Stillstand
- Krise für das politische System: wenn die Unterscheidbarkeit und Trennung der Parteien der Kompromissfindung vorgezogen wird
- Polarisierung der Parteien kann auch innerhalb der Gesellschaft beobachtet werden → oftmals stehen religiöse, ideologische und kulturelle Themen im Vordergrund
- Politiker wie Präsident Trump verstärken die Polarisierung weiter, in dem er seinen politischen Gegnern die Legitimität abspricht

Der Präsident – Macht und Machtmisbrauch [4,9,13]

- Präsidenten sind mit sehr viel Macht ausgestattet, deswegen wurden in der Verfassung ursprünglich Gesetze geschaffen, die Machtmisbrauch vorbeugen sollten → zeigte in der Vergangenheit nur beschränkte Wirkung

Beispiel Machtmisbräuche von Präsident Trump

- Regierung Trumps wollte Dienstleistungen der Post ändern um ihm Vorteil bei Wahl zu schaffen
- Erschien nicht zu Vorladungen von Kongressausschüssen
- Stellte Ermittlungsverfahren gegen sich selbst ein
- Missbrauchte das Begnadigungsrecht → hat die Strafe seines Beraters Roger Stone erlassen, der vor dem Kongress für Trumps Sicherheit und Vorteil lügte
- Missbrauchte Regierungsapparate zu seinem Nutzen
- Versorgte Familienangehörige mit Jobs
- Verwendete öffentliches Geld für eigene Geschäfte
- Anstiftung zu politischer Gewalt in mehrstufiger Verschwörung schuldig gesprochen

Problem: trotz offensichtlichen Machtmisbrauchs wurde er nicht von der eigenen Partei aufgehalten, da Einfluss Trumps in der Partei zu mächtig war

→ Daran erkennbar, dass Präsident so viel Macht besitzt, dass er im schlimmsten Fall die Demokratie gefährdet